

Wer bestimmt in Europa?



Thesen zur EU-Verfassung

Was haben Ihre Strom- und Ihre Gasrechnung mit Europa zu tun?

Die Stromknackerbande von

RWE, Eon, EnBW

und Vattenfall teilt sich den Markt.

*Wollen wir ein Europa
der Lobbyisten ???*

Der Wettbewerb funktioniert nicht zu Gunsten der Verbraucher in Europa.
Im Gegenteil:

In Deutschland sind auf dem Energiemarkt vier mächtige Monopole entstanden, und zwar *als Folge der Privatisierung* der örtlichen Strom- und Gaswerke infolge der Umsetzung derzeitiger EU-Richtlinien. Diese haben den bundesdeutschen Verbrauchern alleine in den vergangenen 15 Monaten eine 30%ige Preissteigerung abgepresst.

Die EU hat die neoliberale Art der wirtschaftlichen Vereinigung in Europa vorangetrieben. Doch darf das Gleiche für unsere öffentliche Daseinsvorsorge gelten? – Wir müssen auch eine soziale, kulturelle und ökologische Vereinigung erreichen!

V.i.S.d.P.: F. Bernhardt, Schönblick 8, Kahla

Damit Europa in gute Verfassung kommt !

Mitmachen und mitbestimmen!

Die EU-Verfassung kommt –

so:

oder

so:



ATTAC Thüringen

www.attac.de/thueringen

Der EU-Entwurf "von oben"

Vorfeld der Verfassung:

- Willen der Staats- und Regierungschefs der EU
- Keine einheitliche Volksabstimmung bzw. lediglich parlamentarische Abstimmung

Ziele für die Verfassung:

- Festlegung einer neoliberalen Ausrichtung von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Militarisierung:

- Militarisierung der Europäischen Union, bis hin zur globalen Kriegsführungsfähigkeit (I-41, 1 und III-309)
- Aufrüstung wird Pflicht: "Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" (I-41, 3)
- Festschreibung einer Rüstungsagentur ("Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung"), um die Aufrüstung der Mitgliedstaaten zu überwachen und zudem "zweckdienliche Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors" durchzusetzen (III-311)
- Keine Verpflichtung auf die UN-Charta als Ganzes! Militärinterventionen, die nicht UN-mandatiert durchgeführt werden, werden dadurch vom EU-Verfassungsvertrag gedeckt.

Das politische System der EU:

- Demokratiedefizit: Das Europäische Parlament erhält nicht einmal die gleichen gesetzgeberischen Befugnisse wie der Ministerrat, kein parlamentarisches Grundrecht auf eigene Gesetzesinitiativen
- Das Parlament hat in vielen und entscheidenden Bereichen lediglich ein Anhörungsrecht (III-173; III-304)
- Entscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik werden vom Europäischen Rat, Ministerrat und vom EU-Außenminister getroffen. Das Europaparlament wird lediglich "regelmäßig gehört" und über die "Entwicklung auf dem Laufenden gehalten" (I-40)
- keine Möglichkeit der Individualklage vor dem Europäischen Gerichtshof in den Bereichen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Innen- und Rechtspolitik (III-376, III-377)
- Eine Änderung des Verfassungsvertrages ist nur möglich, wenn alle Mitgliedstaaten der EU einem neuen Vertrag zustimmen und ihn ratifizieren (IV-443), keineswegs per Bürgerbegehren (I-47)

Soziales Gefüge im Ungleichgewicht:

- Aushöhlung sozialer und gewerkschaftlicher Grundrechte in der EU-Grundrechtecharta durch beigefügte Erläuterungen (II-112, 7, Erklärung Nr. 12)
- Unterordnung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik unter die "Grundzüge der Wirtschaftspolitik" (siehe weiter unten)
- Keine Mitbestimmungsrechte für ArbeitnehmerInnen (II-87)
- Anstelle eines "Rechts auf Arbeit" nur ein "Recht zu arbeiten" (II-75)

Umwelt:

- Keine verbindlichen Tendenzvorgaben für Klimaschutz und Ressourcenschonung (III-234)
- Einstimmigkeit für Umweltgesetze erforderlich (III-234)
- Nationale Initiativen verstärkter Schutzmaßnahmen werden begrenzt (III-234)

Wirtschaftsforderungen:

- "Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" (III-177, III-178) und weltweiten Freihandel (III-314)
- Unterordnung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik unter die "Grundzüge der Wirtschaftspolitik" (III-206, III-179), die geprägt sind durch einseitige Orientierung auf das "vorrangige" Ziel der "Preisstabilität" (I-3, I-30, III-177, III-185) und durch den in Verfassungsrang erhobenen "Stabilitätspakt" (III-184)
- Vorrang der Etablierung der Marktfreiheiten (III-130), eines Eigentumsrechts ohne soziale Bindungen (II-77) und eine Stabilitätspolitik, die der internationalen Wettbewerbsfähigkeit dienen soll (u.a. III-185) vor anderen Politikzielen

Unser Gegenentwurf "von unten"

Vorfeld der Verfassung:

- Entwurfsdebatte der Völker Europas über ihre Verfassung
- Wahlen zu einem neuen, entwurfserarbeitenden Konvent, Abstimmung durch das Volk an einem europaweit einheitlichen Termin

Ziele für die Verfassung:

- Friedliche internationale Beziehungen
- soziale Gerechtigkeit und Mindeststandards
- Ökologische Nachhaltigkeit
- Erhalt und Ausbau der Bürgerrechte, Demokratie und Transparenz

Friedensforderungen:

- Zivile Konfliktlösung und Abrüstung, Verbot der Kriegsbeteiligung mit Ausnahme der Verteidigung innerhalb der Grenzen der EU
- Einhaltung des Völkerrechts

Forderungen zum politischen System der EU:

- Direkte Mitwirkungsrechte ausbauen (Bürgerbeteiligung, z. B. durch Anhörungsrechte und Volksentscheide)
- Förderale Mitwirkungsmöglichkeiten (stets auf niedrigstmöglicher Ebene, z. B. Erhalt kommunaler Selbstverwaltung)
- Verbesserung demokratischer Strukturen (Stärkung des direkt gewählten Parlaments, Kontrolle von EU-Kommission und EU-Rat)
- freie Medien (Aufbau bzw. Ausbau des öffentlich-rechtlichen und Bürgermediensektors)

Soziale Forderungen:

- Recht auf Arbeit – Ausweitung des Arbeitsbegriffes auf gesellschaftliche Mitwirkung (Erziehung der Kinder, Ehrenamt, ...)
- Existenzsicherndes Einkommen zur gleichberechtigten Teilhabe an allen Bereichen des Lebens (ökonomisch, ökologisch, sozial, kulturell, politisch)
- Jeder das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt
- Festlegung, stetiger Ausbau und Kontrolle von Mindeststandards (Arbeitsmarkt, Gesundheit, Bildung)

Umweltforderungen:

- Klimaschutz als Primat
- Festlegung, stetiger Ausbau und Kontrolle von Umweltstandards: Artenschutz, Erhalt der Biodiversität, Ressourcenschonung, Förderung erneuerbarer Energien, Energieeffizienz

Wirtschaftsforderungen:

- Wirtschaftspolitische Neutralität bei Einschränkung des Marktradikalismus und Sozialpflichtigkeit des Eigentums
- Erhalt des öffentlichen Sektors der Ökonomie, z. B. aller Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge
- Verhinderung des Wettbewerbs nach geringstmöglichen Steuer-, Sozial- und Umweltstandards, Transparenz wirtschaftlicher Entscheidungen
- Förderung eigenständiger Regionalentwicklung und von Wirtschaftskreisläufen
- Wirksame Eindämmung und Kontrolle von Monopolbildung, Korruption und Wirtschaftslobbyismus
- Öffentliche Wirtschaftssubventionen nur für Schlüsseltechnologien und Infrastrukturen, die für die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und für möglichst große externe Effekte wichtig sind
- Gleichberechtigte, faire internationale Wirtschaftsbeziehungen unter Bevorzugung bisher benachteiligter Ökonomien (Entwicklungsländer)
- transparenter Verbraucherschutz

Finanzforderungen:

- Zentralbank: Geld-, Wirtschafts- und Sozialverantwortung (Aufgabenerweiterung)
- systematische Stabilisierung der Finanzmärkte durch Beschränkung von Finanzspekulation, Besteuerung aller Einkommensarten
- bevorzugte Finanzunterstützung kleiner Unternehmen und basisdemokratischer Gesellschaftsgruppen

Die Numerierungen entsprechen denen des letzten Verfassungsentwurfs vor der neuerlichen Debatte 2007. Da letztere anhält, können deren Details hier noch keine Aufnahme finden. Derzeit sind jedoch keine signifikanten Änderungsbestrebungen seitens der Regierungen der EU-Länder erkennbar. Quellenauswahl: <http://eur-lex.europa.eu/de/index.htm>, http://europa.eu/institutional_reform/index_de.htm

Du entscheidest mit !

Damit Europa in gute Verfassung kommt !